

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwei Rücktritte

Mitten in dem Strom, der die westliche Diplomatie den bevorstehenden Konferenzen über Berlin und Deutschland entgegenreibt, schicken sich zwei der dominierenden Gestalten auf der Kommandobrücke, Staatssekretär *Dulles* und Bundeskanzler *Adenauer*, an, ihre Verantwortung in andere Hände zu legen. Der seit längerer Zeit vorausgesehene, aber bis an die Grenze des Zulässigen verzögerte Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs ist nun infolge des rapiden Fortschreitens seiner Krankheit Tatsache geworden. So sehr beherrschte seine starke Persönlichkeit die außenpolitische Szene Washingtons, daß die Frage seiner Nachfolge im Augenblick der Demission völlig offen war. Dulles' Stellvertreter *Christian Herter*, der von Eisenhower schließlich mit dem Amt betraut wurde, hat sich in enger Zusammenarbeit mit seinem bisherigen Chef die nötige Sachkenntnis zur Führung der kommenden Verhandlungen angeeignet, wird aber nie gleichviel Gewicht und persönliche Autorität in die Waagschale zu werfen haben. Die Presse des Ostblocks hat auf die Nachricht vom Rücktritt des Staatssekretärs mit frohlockenden Tönen reagiert: endlich sei der Hauptpfeiler des Widerstands gegen die «Friedensoffensive» des Kremls geborsten, nun werde man endlich die «abnorme» Situation Berlins «vernünftig» bereinigen können. So bedeutend die Rolle Dulles' in der Führung der amerikanischen Außenpolitik war, so falsch wäre es, anzunehmen, daß mit seinem Ausscheiden ein Wechsel der Konzeption des Staatsdepartements eintreten könnte. Die USA sind auf lange Sicht hinaus auf die Politik des direkten Engagements in Europa festgelegt; aus diesem Engagement ergibt sich zwangsläufig der unbedingte Wi-

derstand gegenüber der sowjetischen Expansion, und wenn auch die Methoden des diplomatischen Vorgehens variieren können, so bleiben doch die Ziele dieselben.

Ähnliche verfrühte Hoffnungen wie auf den Rücktritt Dulles' setzten die östlichen Presseorgane auch auf die Nachricht von dem Entschluß Adenauers, für den Sessel des Bundespräsidenten zu kandidieren und auf das Kanzleramt zu verzichten. Die Neuigkeit kam in Ost und West wie auch in Bonn selber völlig unerwartet. Was konnte den Bundeskanzler, der trotz seines Alters keine Ermüdungserscheinungen zeigt, bewogen haben, am Vorabend entscheidender Verhandlungen über Deutschland seinen Rücktritt anzukündigen? War es nicht Enttäuschung darüber, daß die westlichen Verbündeten, trotz den Vorstellungen Bonns, eine Gipfelkonferenz mit Chruschtschew in Aussicht nahmen und daß von amerikanischer Seite ein Wiedervereinigungsplan vorgebracht wurde, der auf ein Experiment mit einer Konföderation der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes hinauslief? Adenauer hat diese Befürchtungen rasch zu zerstreuen vermocht: Hinter seinem Rücktritt steht die staatsmännische Absicht, der von ihm bisher befolgten Politik *Kontinuität* zu verleihen. Im Amt des Bundespräsidenten vermag er die Wahl seines Nachfolgers zu beeinflussen und der Gefahr eines außenpolitischen Kurswechsels zu steuern. Ein erzwungenes Ausscheiden Adenauers aus dem Amt des Bundeskanzlers durch Tod oder Krankheit hätte die CDU und die Bundesrepublik in die größte Verwirrung stürzen müssen. Dadurch, daß der Kanzler einen Schritt in den Hintergrund tritt, erleichtert er den früher oder später unvermeidlichen Übergang.

Die ersten Mißverständnisse über die Bedeutung des Schrittes Adenauers wurden dadurch gefördert, daß er sich vor dem Hintergrund einer akuten deutsch-britischen Verstimmung abspielte. In der gleichen Rede, in der der Bundeskanzler seinen Entschluß begründete, ließ er seinem Unmut über die britische Presse freien Lauf, die ihn — ähnlich wie Dulles — als Hindernis gegen eine Politik der Flexibilität hingestellt und ihn geradezu der Erpressung der amerikanischen Verbündeten beschuldigt hatte. In der Tat hatte die amerikanische Regierung den Einwänden Bonns gegen die Entspannungspläne Macmillans Rechnung getragen, der im Vertrauen auf einen echten Verständigungswillen Chruschtschews eine Neuregelung der Position Berlins und den faktischen Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ins Auge gefaßt hatte, und ihre eigenen Deutschlandpläne beiseitegelegt. Der aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der NATO in Washington tagende Atlantikrat folgte der amerikanischen Linie und zwang die Briten, nicht nur ihre Flexibilitätsideen, sondern auch den von britischen Zeitungen vehement vorgetragenen Wunsch nach der Führerschaft Macmillans in der westlichen Allianz über Bord gehen zu lassen. Zurück blieb eine latente *Mißstimmung*, die sich bei jeder Gelegenheit wieder äußert, so in der Frage der Gipfelkonferenz, die nach britischer Auffassung unabhängig vom Ausgang der auf den 11. Mai angesetzten Außenministerkonferenz stattfinden sollte, und in jener der Luftkorridore nach Berlin, wo die Amerikaner ihre Rechte auch auf die Gefahr von Zwischenfällen hin in ihrem vollen Umfang wahren wollen, während die Briten eher leise zu treten wünschen, um, wie sie meinen, das Verhandlungsklima nicht zu trüben. Es besteht kein Zweifel, daß trotz den verbalen Beteuerungen der Übereinstimmung ein prinzipieller Gegensatz zwischen der britischen und der Haltung der übrigen Alliierten weiterbesteht.

In Deutschland wie auf allen andern Gebieten seiner Politik sucht Chruschtschew alle Entwicklungen zu fördern, die der Expansion des Kommunismus und der Sowjetmacht Vorschub leisten. Er hat seine Berlin-Offensive mit dem Ziel gestartet, die Machtverhältnisse in Osteuropa, das heißt die sowjetischen Eroberungen, durch internationale Vereinbarungen zu fixieren und den wunden Punkt im Herzen der DDR, Westberlin, zu beseitigen. Den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands ließ er zu diesem Zweck fallen, und er hat dies den westdeutschen Sozialistenführern Carlo Schmid und Fritz Erler mit brutaler Offenheit gesagt. Der Deutschlandplan, den die deutsche Sozialdemokratie trotz dieser unverhüllten Eröffnung lancierte, widersprach eindeutig der Chruschtschewschen Konzeption, denn er verlangt die Wiedervereinigung fast um jeden Preis und stellt dieses nationale Ziel höher als jede politische Überlegung. Die erste Reaktion aus dem Osten lautete denn auch völlig negativ; aber nach einigen Tagen wurden in Moskau neue Weisungen ausgegeben. Auch wenn der SPD-Plan nicht mit der momentanen Taktik der Sowjetführung übereinstimmte, so konnte ihn der Kreml doch nicht ablehnen, denn er bot mehr an, als man in Moskau wünschen konnte, eine Wiedervereinigung auf paritätischer Basis und ohne das Vorausgehen freier Wahlen, bei der gleichviele Marionettenparlamentarier des Sowjetzonenregimes den gewählten Abgeordneten aus der Bundesrepublik gegenüberstehen sollten und eine Minderheit im Westen zusammen mit den Vertretern der Diktatur die Zukunft Deutschlands gestalten würde. Der Urheber dieses Plans, der Exkommunist *Webner*, scheint sich der Illusion hinzugeben, auf dem Weg über eine außenpolitische Umwälzung werde sich erreichen lassen, was der SPD auf dem innern, demokratischen Wege versagt geblieben ist: die Herrschaft seiner Partei. Daß sie sich und Deutschland mit diesem

Plan dem Kommunismus ausliefern würden, scheint den Führern der SPD dabei nicht bewußt zu werden. Statt eine konstruktive Oppositionspolitik im Interesse der Demokratie und der Arbeiter zu betreiben, verrennen sie sich immer weiter in eine sture Verneinung um der Verneinung willen, die selbst dort nicht haltmacht, wo sie die Existenz des Staatswesens gefährdet.

Aufstand in Tibet

In dem unzugänglichen Hochland von Tibet hat sich ein Aufstand gegen die Herrschaft Pekings abgespielt, der von den chinesischen Kommunisten nur mit großer Anstrengung unterdrückt und lokalisiert werden konnte. Das Land stand in der Vergangenheit lange Zeit unter der formellen Oberhoheit Chinas, doch war die innere Autonomie unter der theokratischen Führung des Gottkönigs *Dalai Lama* nie angetastet worden. Im Jahre 1950 hatte die kommunistische Regierung Chinas Tibet nach einer längeren Periode der Unabhängigkeit militärisch besetzt und in einem Vertrag von 1951 die Rechte des Dalai Lama zu respektieren versprochen. Gestützt auf diese Zusicherungen verzichtete Indien auf seine Rechte in dem Bergland, die unter anderem auch die Stationierung von Truppen zum Schutz gewisser Handels-Niederlassungen umfaßt hatten. Das Abkommen war von einer gemeinsamen Deklaration über die «fünf Grundsätze der Koexistenz» begleitet und wurde damals von *Nehru* als ein großer Fortschritt in der Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen ausgegeben. Die Ereignisse der letzten Monate in Tibet haben aller Welt offenkundig gemacht, daß Peking die dem Dalai Lama gegebenen Versprechen nicht eingehalten hat. Maßnahmen zur Vorbereitung der Landkollektivierung und Übergriffe gegen Lama-Klöster erregten den Widerstandswillen der Tibeter, der in offene, wenn auch nutzlose Rebellion umschlug, sobald sie das Leben des Dalai Lama bedroht sahen. Obwohl das in Tibet verübte Unrecht vor aller Augen ist, fühlt

sich *Nehru* durch sein Abkommen mit *Tschou En-lai* zum Stillschweigen verpflichtet, das sich nun plötzlich als ein Instrument zur Ausschaltung des indischen Mitspracherechts in Tibet erweist. Der indische Premierminister hat es, abgesehen von vagen Sympathiebeteuerungen an die Tibeter, nicht übers Herz gebracht, einen Protest zu erheben. Ängstlich vermeidet er jede Äußerung, die den Unwillen Pekings hervorrufen könnte.

Die Ereignisse in dem fernen asiatischen Hochland hätten sich der Weltöffentlichkeit lange nicht so tief eingepreßt, wenn nicht der Dalai Lama selber den Weg ins Ausland und ins Exil angetreten hätte. Unter den Millionen asiatischer Buddhisten, für die der Dalai Lama eine der höchsten geistlichen Autoritäten ist, hat die Nachricht von der abenteuerlichen Flucht des jungen Herrschers große Beunruhigung hervorgerufen und Abneigung gegen seine Verfolger erweckt. Die Wirkung der Vorgänge in Tibet beschränkt sich aber nicht auf das religiöse Feld. Das Schicksal Tibets ist für alle asiatischen Völker ein unübersehbarer Hinweis auf die Natur des chinesischen Kommunismus und die Falschheit seiner antikolonialistischen Propaganda. Der Tag mag, wie der *Manchester Guardian* am 7. 4. in einem Leitartikel schreibt, nicht allzu fern sein, da diese Propaganda in Zentralasien dem chinesischen und dem sowjetrussischen Imperialismus zu schaffen machen wird. Anzeichen von Schwierigkeiten, die auf nationale Resentiments zurückzugehen scheinen, sind in letzter Zeit in den asiatischen Republiken der Sowjetunion sichtbar geworden, und aus den mongolischen Gebieten der Volksrepublik China dringen Nachrichten über rebellierende Nomadenstämme an die Öffentlichkeit. Die Ermutigung, die Großbritannien im 19. Jahrhundert den europäischen Nationalisten angedeihen ließ, hatte später ihre Wirkungen in Indien und im ganzen Empire. Auch der kommunistische Imperialismus hat mit den Kräften zu rechnen, die er in Asien selber fördert.

Nemo

Berlin schaut nach Genf

Nur noch drei Wochen trennen uns vom Beginn der Außenminister-Konferenz der vier Mächte, an der dieses Mal auch die Vertreter Bonns und Pankows als Teilnehmer fungieren werden. Die ostdeutsche Regierung hat sich beeilt, mitzuteilen, daß sie ihren Außenminister, Doktor Lothar Bolz, nach Genf entsenden wird. Diese Kunde hat in Westberlin ebensowenig Freude wie die Mitteilung Grotewohls ausgelöst, wonach sich das ostdeutsche Regime dagegen verwahrt, daß am Genfersee der Themenkreis der Verhandlungen über die zwei fest umrissenen Punkte, nämlich den Friedensvertrag und die «Freie Stadt Westberlin», ausgedehnt wird. Was den ostdeutschen Kommunisten dabei vorschwebt, ist nicht schwer zu erraten. Die DDR hat die Leitung der Beobachter-Delegation ihrem Außenminister anvertraut, denn sie vertritt den Standpunkt, daß aus dem Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion keinerlei Diskriminierungen in bezug auf das Teilnahme-recht an den Genfer Verhandlungen abgeleitet werden können. Mit anderen Worten will der ostdeutsche Vasallenstaat Moskaus in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit treten, um von vornherein als gleichberechtigter Partner angesehen zu werden. Diese Frage ist nicht so sekundär wie sie auf den ersten Blick von dem außenstehenden Leser angenommen wird. Man darf nicht vergessen, daß es seit Jahren zu den eisernen Argumenten des Westens gehört, dem Pankower Regime jegliche staatsrechtliche Legitimation zur Vertretung der Interessen von 17 Millionen geknechteter Deutschen energisch abzustreiten. Bei allen internationalen Verhandlungen, bei denen es um die Zukunft Deutschlands ging, hat sich Ostberlin um ein Mitspracherecht erfolglos bemüht. Die einzige Ausnahme bildete das Auftreten der Abgesandten Pankows vor der Pariser Tagung der 6. Vollversammlung der UNO im Jahre 1950, als die Frage der gesamtdeutschen

Wahlen unter der Kontrolle einer UN-Kommission ergebnislos erörtert wurde. Diese Episode lag allerdings außerhalb der Kompetenzen der vier Besatzungsmächte, und die DDR-Delegation konnte lediglich ihren Standpunkt darlegen, ohne daß daraus irgendwelche völkerrechtlichen Folgen für den Status des sowjetzonalen Staates entstanden sind.

Das Spiel mit dem ostdeutschen Regime

Im Hinblick auf das kommende Außenministertreffen in Genf sieht die Situation bedeutend komplizierter aus, und die pessimistischen Beobachter neigen zu der Ansicht, daß die Westmächte im Austausch von diplomatischen Noten mit Moskau die beratende Funktion der Delegationen beider deutscher Staaten nicht klar genug präzisiert haben. Daraus folgt man in Westberlin, daß die Genfer Konferenz unter Umständen von Anfang an mit einem Rechtsstreit um den Status der ostdeutschen «Beobachter» beginnen wird, wobei den westlichen Gesprächspartnern die undankbare Aufgabe zufallen wird, erst nachträglich die versäumte Präzisierung vorzunehmen. Da die Bundesregierung sich aus leicht erklärlichen Gründen dagegen auflehnen wird, mit den Vertretern Ostberlins am Verhandlungstisch zu erscheinen, um den Pankower Machthabern nicht leichtfertig das lang ersehnte Argument zu geben, daß die Parole «Deutsche an einen Tisch» bereits verwirklicht worden sei, können in Genf erhebliche Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage auftauchen.

Was die vorzeitigen Protestkundgebungen des ostzonalen Ministerpräsidenten Grotewohl gegen die Erweiterung des Verhandlungsthemas auf die Untersuchung des Gesamtkomplexes der deutschen Frage anbetrifft, so dürfte es sich um ein Anzeichen der auch von der Sowjetunion zu erwarten-

den Taktik in Genf handeln. Denn man kann sich schwer vorstellen, daß der ostdeutsche Ministerpräsident in seinem letzten Exposé vom 16. April Gedanken äußern konnte, die nicht vorher von Moskau oder dem Kremlvertreter in Ostberlin, dem Botschafter Perwuchin, gebilligt wurden. Dieses Vorgehen läuft schnurgerade auf den Versuch hinaus, das Gesprächsthema in Genf auf die Behandlung der sowjetrussischen Vorstöße über den Abschluß eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten, was der Verewigung der Teilung Deutschlands gleichkommen würde, und auf eine isolierte Erörterung der Berliner Krise im Sinne des sowjetrussischen Ultimatums über die freie Stadt einzuschränken. Damit zeichnet sich ein Unterfangen der sowjetrussischen Außenpolitik ab, von der verbalen Konzession abzurücken, welche in der sowjetrussischen Antwortnote vom 30. März an die Westmächte verbrieft wurde und in der ausdrücklich gesagt wurde, daß die Außenminister «zur Erörterung der Deutschlandfrage einschließlich der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Berliner Frage» zusammentreten sollen. Infolgedessen erwartet man in den Westberliner politischen Kreisen, daß das Außenministertreffen mit einem Tauziehen um die Traktandenliste eröffnet wird, wobei es von der Standhaftigkeit der westlichen Konferenzteilnehmer abhängig ist, daß man die sowjetrussischen Ausflüchte verhindert und sie auf die gegebenen Versprechungen festlegt.

Die Taktik Chruschtschews

Das ominöse Datum der sowjetrussischen ultimativen Forderung, welches nach der ursprünglichen Version des Anschlags gegen Westberlin am 27. Mai fällig sein würde, scheint indessen vom Kreml fallen gelassen worden zu sein. Aber in der bedrängten Stadt macht man sich wenig Illusionen über diese Konzession Moskaus, sondern sieht darin vor allem eine Umdisponierung der sowjetrussischen Offensivpläne. Chrusch-

tschew schickt sich offensichtlich an, den Nervenkrieg um Berlin auf längere Zeitintervalle zu verlagern. Daß diese Änderung der Taktik nicht aus freien Stücken bei dem sowjetrussischen Diktator gekommen ist, sondern unter dem Eindruck der heftigen Reaktion der Vereinigten Staaten von Amerika gefaßt wurde, deren politisches, militärisches und wirtschaftliches Potential die wichtigste Sicherheitsgarantie für Westberlin bedeutet, darüber hat man keine Zweifel. Aber in der Verlängerung der Krise liegen heimtückische Gefahren, die die Westberliner Politiker nicht so sehr in der Haltung der eigenen Bevölkerung sehen, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen psychologischen Belastung der einzelnen Partner der westlichen Allianz betrachten. In Berlin weiß man genau so gut oder vielleicht besser als woanders, wie schwierig es ist, die öffentliche Meinung in den parlamentarisch regierten Ländern in einer ständigen Abwehrbereitschaft gegen die totalitären Diktaturen zu halten. Und das ist gerade der Kernsatz der ernstesten politischen Betrachtungen, die hier angesichts der zu erwartenden Behandlung des Konfliktes um Berlin angestellt werden. Man würde es lieber gesehen haben, wenn bis zum 27. Mai eine Lösung eintreten wird, aber so wie die Dinge liegen, macht man sich eher auf einen krisenhaften Sommer und vielleicht sogar Herbst gefaßt.

Der Standpunkt von Willy Brandt

Der Blick des politischen und unpolitischen Westberliners beginnt nach Genf zu wandern, von wo die ersten, wenn nicht Entscheidungs-, so mindestens Orientierungszeichen erwartet werden. Die Auffassungen der meisten klar politisch denkenden Westberliner scheint uns der Regierende Bürgermeister dieser Stadt, Willy Brandt, in seinem kürzlich dargelegten Standpunkt wiedergegeben zu haben:

«Ich fürchte, daß Moskau noch immer nicht seine Vorstellungen aufgegeben hat,

Westberlin rechtlich und wirtschaftlich vom deutschen Westen zu trennen. Die Verwirklichung eines solchen Vorhabens wäre für uns tödlich, und nicht nur für uns... Man sollte hier keine neuen Geschichten anfangen, auch nicht vor den UN. Es wäre jedoch zu begrüßen, wenn die vier Mächte die zwischen ihnen bestehenden Abkommen — es sind sogar nur mündliche Abmachungen und Aktennotizen darunter — präzisieren würden. In diesen Abmachungen ist nämlich manches höchst unklar formuliert. Im Interesse beider Seiten sollte man alle Möglichkeiten zu Mißverständnissen ausschließen. Ich würde es begrüßen, wenn die vier Mächte ihre nun einmal bestehenden Rechte und Pflichten in eine klare Form brächten.»

Der Bürgermeister Westberlins hat die sowjetrussische Taktik durchschaut, und er weiß, was mit einer guten oder schlechten Lösung der von Moskau entfachten Krise auf dem Spiel steht. Nikita Chruschtschew hat seinen Plan in geradezu zynischer Weise enthüllt, als er auf der sogenannten Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 7. März 1959 sprach. Der Sowjetdiktator hat damals wörtlich erklärt:

«Man sagt, daß unsere Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Vorschlag zur Gestaltung Westberlins als freie Stadt eine gewisse Besorgnis bei einem Teil der Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins hervorgerufen haben. Ist aber diese Besorgnis begründet? Was wird mit Westberlin geschehen, wenn es freie Stadt wird — werden denn dort die Verhältnisse geändert werden? Darauf kann man erwidern: Nichts Schlimmes wird da geschehen; niemand schickt sich an, der Einwohnerschaft Westberlins für sie unannehmbare Verhältnisse aufzunötigen. Gefallen ihr die kapitalistischen Verhältnisse — bitte sehr, mögen sie bestehen bleiben. Offenbar sind dort die Bedingungen für neue Verhältnisse noch nicht gereift. Jedes Gemüse hat, wie man sagt, seine Jahreszeit.»

Die Frage der wirtschaftlichen Stabilität Westberlins

Wenn man die mit der Wirtschaftspolitik der Westberliner Insel gut vertrauten Politiker wie etwa den Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel oder den Senator für Wirtschaft, Dr. Hertz, fragt, so bekommt man einen anschaulichen Unterricht über die Abhängigkeit der Stadt von ihren wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Westen. Dabei darf man nicht vergessen, daß Berlin sich als Hauptstadt Deutschlands entwickelte und dadurch eine wirtschaftliche Struktur erhielt, die stark auf Dienstleistungen beruhte. Gewiß, die Industrie in den westlichen Sektoren hat einen erstaunlichen Aufschwung besonders nach dem Zusammenbruch der stalinschen Blockade im Jahre 1949 genommen. Dennoch reichen die Lieferungen Westberlins an die Außenwelt, die sich jährlich auf 4,4 Milliarden DM belaufen, nicht dazu aus, um die Bedürfnisse der Stadt zu decken, die mit 5,9 Milliarden DM beziffert werden. Die Lücke von 1,5 Milliarden DM wird durch die Bundesrepublik geschlossen. Ohne diese Bundeshilfe würde die wirtschaftliche Stabilität Westberlins, die das wichtigste Abwehrmittel für die kommunistische Infiltration ist, schnell zu Grunde gehen.

Nun lockt die Sowjetunion mit der angeblichen Bereitschaft, der Westberliner Wirtschaft in einer «freien Stadt» genügend Aufträge zu geben. In Wirklichkeit sind das Potemkinsche Dörfer Chruschtschews, denn jeder Kaufmann in Westberlin weiß, daß nur 1% der Westberliner Wirtschaftsproduktion nach den Ostblockstaaten einschließlich Ostdeutschlands geht und daß die hiesige Wirtschaft nur 3% ihrer Importe und Rohstoffe aus dem Osten bezieht, wobei ein erheblicher Teil dieser Lieferungen von dem Interzonenhandel der Bundesrepublik mit der DDR abgezweigt wird. Dazu muß man noch als ziemlich sicher annehmen, daß im Fall einer Umwandlung der westlichen Position in das verschwommene Gebilde einer freien Stadt kein Unternehmer aus dem Westen auch nur

einen Pfennig in ein derart unsicheres Geschäft investieren würde. Nach Berechnungen der Westberliner Wirtschaftsexperten würde die Stadt mit einem à la Moscou aufgezwungenen Status bereits nach einem Jahr in eine Wirtschaftskrise geraten, aus der kein anderer Ausweg bliebe als eine vollständige Inkorporation in das Wirtschaftsgebiet des Ostblocks.

Bisher hat sich die Westberliner Wirtschaft seit Anfang des von Chruschtschew angezettelten Nervenkrieges am 10. November des vergangenen Jahres überraschend gut gehalten. Sogar die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu den Frühlingsmonaten des Vorjahres um 20 000 Personen zurückgegan-

gen. Zu Ostern verzeichnete der Westberliner Fremdenverkehr einen Rekordbesuch von über 100 000 Touristen. Die Baukredite sind für das laufende Jahr genügend hoch gesichert. Dennoch darf man sich keinen Illusionen hingeben. Diese wirtschaftliche Stabilität konnte nur auf Grund der entschlossenen Haltung Amerikas und der Bundesrepublik gehalten werden. Nach Meinung der Westberliner müßte dies den westlichen Vertretern auf der kommenden Genfer Konferenz den Schlüssel zu ihrer Taktik in der Abwehr der sowjetrussischen Eroberungspläne geben.

Alexander Korab

Kommunistische Wühlarbeit im arabischen Raum

Planung und Methoden der Kommunistischen Internationale in Nahost und Nordafrika

Am 6. April 1959 erfuhr die Weltöffentlichkeit durch Rundfunk und Presse, das sowjetische Dieselschiff «Grusia» habe, mit 885 bewaffneten jungen Sowjetbürgern — Kurden — an Bord, den Suez-Kanal in Richtung Basra passiert. Zwei Tage später folgten Meldungen über drei Sowjetdampfer, die gleichfalls kurdische Passagiere nach dem Irak beförderten. Radio Bagdad bezeichnete diese martialischen Einwanderer als kurdische Heimkehrer, die nach dreizehnjähriger Emigration aus der UdSSR rückgesiedelt wurden.

Bekanntlich scheiterte 1946 im irakischen Kurdistan ein von Sowjetagenten angezetzelter Umsturzversuch, der die gemeinsame Staatssouveränität kurdischer Stämme zum Ziel hatte. Der damalige Führer jenes Aufstandes, Scheich *Mustafa Barsani*, erhielt

nachher in der Roten Armee den Rang eines Generalmajors. Er kehrte bereits Ende Juli 1958 nach Bagdad zurück.

Zeitpunkt und Umstände dieser demonstrativen Infiltration ideologisch gedrillter Rotarmisten in den Irak verursachten eine Sensation. Für die allarabischen Nationalisten jedoch ergab sich die Schockwirkung dieser «Heimkehr» hauptsächlich deshalb, weil es sich um sogenannte Freiwillige *kurdischer* Stammeszugehörigkeit handelt.

Ein Lehrbeispiel imperialistischer Perspektiven

Die Kurdenstämme sind alte Iranier, überwiegend islamische Sunniten. Sie sprechen einen urtümlichen, vom Persischen abweichenden Dialekt. Mit ihrer von der späteren

iranischen Hochkultur abgesonderten Eigenentwicklung und in ihrer scharf geprägten Eigenart zeigen sie eine gewisse Verwandtschaft mit den Pathanen Afghanistans und Pakistans. Die Stammesgebiete der Kurden sind heute sechs verschiedenen staatlichen Hoheitsbereichen unterstellt. Auf Grund sowjetischer Angaben lebten 1956: in der Türkei rund 2 Millionen Kurden (= 8% der Staatsbevölkerung), im Iran 1,8 Mill. (9,5%), im Irak 800 000 (16%), in Syrien über 200 000 (5,1%), in Libanon etwa 60 000 (4,3%). In der UdSSR (im Südwesten von Aserbedjan mit dem Zentrum Karabat, in Sowjetarmenien sowie in Städten Georgiens) lebten 1939 76 000 Kurden; nach dem zweiten Weltkrieg erhöhte sich ihre Zahl um mehrere tausend Flüchtlinge. Dieser Volksbestand von ungefähr 5 Mill. Kurden wird im Westen zum Teil mit höheren Ziffern veranschlagt (bis zu 8,9 Mill. insgesamt). Doch gerade in ihrem Falle erscheinen genaue Erhebungen praktisch unmöglich.

Wie erwähnt, propagierten Sendboten des Kremls, insbesondere seit Beginn des zweiten Weltkriegs, unter den oft uneinigen Stämmen der vier Nahostländer die «Kurdische Idee», d. h. das Kampfziel einer gemeinsamen souveränen Eigenstaatlichkeit, die folgerichtig gegen die territoriale Integrität des Irans, des Iraks, der Türkei und Syriens gerichtet sein muß. Die vorgebliche Äufnung dieser Staatsidee durch die Sowjets hat die Kurden der bolschewistischen Einflußnahme zugänglich gemacht. Dabei haben die meisten Stammesangehörigen mit ihrer feudal-patriarchalischen Lebensordnung gar keine Ahnung, was Kommunismus heißt.

Die Aufwiegelung der Kurden zur bewaffneten Fronde wurde durch Moskaus Einpeitscher auch fortgesetzt, nachdem der Irak am 13. Juli 1958 seinen blutigen Umsturz erlebt hatte. Noch im Dezember 1958 ließ sich zum Beispiel der Erste ZK-Sekretär der illegalen KP Syriens, *Khalid Bagdasch*, von einem kommunistisch aufgezüumten Kongreß «Freies Kurdistan» zum Präsidenten wählen.

Da bremsté der Kreml — noch vor Jahresbeginn 1959 — die «direkte Aktion» seiner übereifrigen Agenten. Die weltkommunistische Befehlszentrale für den arabischen Osten hatte, reichlich spät, erkannt, daß die bedenkenlose Aufhetzung der Kurden logischerweise das Mißtrauen des nationalen Arabertums wecken mußte. Unvermittelt wandte Moskau sein Augenmerk beinahe ausschließlich den Kurden im nördlichen Irak zu. Denn die *nichtarabischen* Kurden des Iraks (16% der Bevölkerung) erweisen sich seit dem Staatsstreich 1958 als wichtigste Stützen der kommunistisch «gereinigten» Revolutionsregierung unter General *Abdel Karim Kassem*. Immerhin aber beorderten die Sowjets kurdische Verbände aus der UdSSR nach Bagdad, um durch zuverlässigere Fremdenlegionäre die irakische «Volksregierung» gegen eine «mögliche Aggression» zu schützen — beziehungsweise Kassem zu liquidieren, sobald seine Politik den Moskowitern unbequem würde.

Taktisch gesehen bleibt das nationalitätenpolitische Explosiv der «Kurdischen Idee» eine unmißverständliche Drohung gegenüber vier Staaten in Nahost; Moskau hat diesen Sprengkörper nur vorläufig entschärft und griffbereit angelegt. Ferner liefert das Kurdenproblem den Musterfall dafür, daß gerissenes sowjetisches Agententum es vermag, ein noch so rückständiges Volk zeitweilig zu umgarnen, indem es ihm die Schirmherrschaft Moskaus zur Verwirklichung nationalpolitischer Hoffnungen vor-täuscht. Schließlich aber enthüllt die kurdische Staatsidee im Schatten der Kreml-Diktatur ein unabänderliches Fernziel sowjetimperialistischer Strategie im arabischen Raum zwischen Atlantik und Persischem Golf: Das sowjetische Vormachtstreben wünscht keinesfalls ein Allarabisches Großreich, sondern aufgesplitterte Teilgebiete «autonomer» Araberstämme, die als «Nationale Volksrepubliken» unmittelbar dem Magnetfeld des Sowjetimperiums anheimfallen sollen.

Seit anderthalb Jahrzehnten wird die kolonialpolitische Planung des Kremls auch außerhalb Sowjetasiens angewendet: junge Freiheitsbewegungen nationalistischer «Großbourgeois» werden von einem kleinen Troß sowjetkommunistischer «Bundesgenossen» zum raschen Umsturz, sowie zum unterschiedslosen Hinausmanövrieren westlicher Partner angeeifert. Vor und nach dem Sieg der nationalen Revolution durchsetzen Politruks und Helfershelfer Moskaus parteipolitische Führungsstäbe und Organisationen, Schlüsselstellungen in Verwaltung, Armee, Verbänden: Einsickern, Unterwühlung, Aufweichung der fragilen Gesellschaftsordnung und Staatsautorität bilden das «dialektische» Gegenspiel der außen- und innenpolitischen Koexistenzepoche zwischen Nationalisten und Kommunisten. Plangemäß hätte dann der Putsch einer Handvoll kommunistischer Berufsrevolutionäre den kurzen Freiheitsraum des Entwicklungslandes in eine KP-Diktatur überzuleiten. Liquidierung der nationalbewußten «Bourgeoisie» und ausbeuterische «Sozialisierung» brächten schließlich das Staatswesen zurück zur Raison einer Kolonie — diesmal des Sowjet-Imperialismus.

Aus diesem genugsam bekannten Aktionschema leiten wir einige Richtlinien und Erwägungen ab, soweit sie für die kommunistische Wühlarbeit im arabischen Raum besondere Aktualität besitzen:

1. Die offizielle wie die subversive Kremlpolitik in Nahost und Nordafrika muß einerseits auf Verzögerungstaktik und Zeitgewinn bedacht sein. Diplomatie und Handelsoffensive können zunächst nur Teilerfolge erringen. Noch fehlen geschulte und zuverlässige Parteikader zur allseitigen Unterminierung nationalarabischer Ordnungsgefüge, um die «vorrevolutionäre Lage» sodann erfolgreich zu nützen.

2. Andererseits steht Moskau bei der Bewältigung bestimmter Nahziele unter Zeit-

druck. Die Wiederherstellung einer nahmittelöstlichen Abwehrfront gegen sowjetische Aggressionspläne, verschärfte Spannungen zwischen Kairo-Bagdad, Kairo-Moskau, veranlassen die Außenpolitik des Kremls zu hektischen Reaktionen. Die Infiltrationstätigkeit getarnter KP-Kader hat in einigen arabischen Ländern Rückschläge erlitten.

3. Grundsätzlich begünstigt der Kreml im arabischen Raum gärende Nationalismen, die er gegeneinander ausspielt — nicht *den* Nationalismus. Einer allarabischen Reichsidee setzen die Beauftragten der KP-Internationale vage Föderationspläne entgegen, um jedes echte Einigungswerk hintanzuhalten. Diesbezüglich allmählich aufbrechende Gegensätze bestimmen die Sowjetkommunisten, in Nahost und Nordafrika den revolutionären Zeitraffer anzusetzen.

4. Die Strategie des Weltkommunismus bevorzugt Umgehungsmanöver und vermeidet auch heute noch im arabischen Raum tunlichst klare Fronten und offene Attacken. Die zumeist illegalen KP-Kader der arabischen Länder werden daher nicht durch Parteilarbeit im landläufigen Sinne abgenutzt, sondern zur Infiltration nationalistischer Bewegungen sowie sozialpolitischer, beruflicher und geselliger Organisationen eingesetzt.

a) Indessen scheint der Versuch, nationalparteiliche Aktivistengruppen von innen zu zersetzen, zu verfälschen, Geheimzellen zu bilden usw. manchenorts fehlgeschlagen zu sein. Seit dem Herbst 1958 betonen jedenfalls kommunistische Werber plötzlich die Gegensätze zwischen nationalarabischen Freiheitsideen und den Revolutionszielen der sowjetkommunistischen Internationale.

b) Erfolgreicher gestaltet sich die kommunistische Tarnarbeit in allarabischen Gewerkschaften, Jugend- und Studentenbünden, Verbänden geistiger Berufe usw. Die Patenschaft für diese ideologischen Einschleichdiebstähle obliegt den sogenannten «demokratischen Weltbünden» der KP-Internationale.

5. Zur Politik der Umwege gehört es auch, daß Moskau z. B. die europäischen Volksdemokratien und Satellitenparteien als unverfänglichere Mittler seiner Beziehungen mit Überseeländern vorschickt.

Befehlsstäbe, Allerwelt-Kongresse, Schulungsarbeit

Im Sommer 1958 verhaftete man zwei Arbeiter eines iranischen Ölfeldes und hinderte sie dadurch noch rechtzeitig an der Verübung eines Sprengstoffanschlages. Beide hatten ihre einschlägige, fachlich hervorragende Ausbildung in einer Sabotage-Schule des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB), nördlich der rumänischen Erdölstadt Plojeshti, erhalten. Das Sekretariat der Internationalen Gewerkschafts-Vereinigung (IGV) Petrochemie des WGB hat bekanntlich seinen Sitz in Bukarest. Damals erfuhr man auch beiläufig, daß die Tätigkeit der illegalen KP in der Türkei aus einer Stadt Südromaniens ferngesteuert wird, wo türkische ZK-Mitglieder eine Verbindungsstelle bedienen.

Eine kommunistische Parteidienststelle Italiens betreut z. B. eine Relaisstation zwischen der Internationalen Abteilung der KPdSU in Moskau und ihrer ägyptischen Bruderpartei. Die Hauptstadt der Tschechoslowakischen Volksrepublik gilt insbesondere als Kopfstelle für Nachrichten-, Kommando- und Waffenschmuggel nach Afrika und Lateinamerika. Darüber hinaus fungieren in Prag das Ständige Büro des WGB sowie ein Rumpfstab des Generalsekretariates des Weltfriedensrates (WFR). Budapest beherbergt nicht bloß die Zentrale des «Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ)», sondern ist zugleich wichtige Schulungsstätte für Nachwuchskader in Nahost und Nordafrika. Moskau selbst hat sich begreiflicherweise das Hauptquartier für die beherrschende Internationale der Kommunistischen und Arbeiterparteien vorbehalten.

Weltgewerkschaftsbund (WGB): Auch für den nahöstlich-arabischen Raum muß man

die Prager WGB-Zentrale als wichtigsten Befehlsstab der KP-Internationale bezeichnen. Den Beobachtungsposten des WGB für den arabischen Osten und Westen (Maghreb) bildet das Regionalbüro in Kairo. Zwar erzwang eine Ausschuß-Sitzung des WGB zu Prag bereits am letzten Jahresende die Verlegung der Kairoer Dienststelle, z. B. nach Rabat (Marokko). Doch sahen die Prager Drahtzieher von einer Dislozierung des Kairoer «Konsultativbüros» ab, mit Rücksicht auf die Schwerpunktlage Ägyptens innerhalb der arabischen Welt. Man verlagerte lediglich Archivmaterial und gab dem ägyptischen Regionalbüro Anweisung, sich notfalls sogar von anderen «fortschrittlichen» Tarnbünden zu distanzieren, um die eigene Agitationsstelle nicht zu gefährden.

Jüngste Weisungen der WGB-Zentrale bestätigen die Behutsamkeit der Infiltrations-tätigkeit im arabischen Raum. Wohl bezichtigt man etwa Spitzenfunktionäre im All-arabischen Gewerkschaftsbund und in der neugegründeten Erdölarbeiter-Gewerkschaft des Nasserismus und Nationalismus. Trotzdem befehlen die WGB-Politruks unbeschadete Zusammenarbeit, um eines Tages schlummernde Keime «internationalistischer Solidarität» vielleicht doch noch zu wecken. Die Auflösung der sudanesischen Gewerkschaften am 4. Dezember 1958 wurde protestlos hingenommen, obgleich der USTT-Sudan dem WGB angehört. Andererseits diskutieren Kaderfunktionäre des WGB die Übersiedlung des afrikanischen Regionalbüros aus Akkra (Ghana) nach Guinea; dabei gehört dessen Gewerkschaftsorganisation offiziell dem WGB noch gar nicht an.

Ende April 1959 beginnt das Ständige Büro des WGB in Budapest mit dem ersten Schulungskurs seiner neugegründeten «Ordensburg» für WGB-Aktivistinnen des arabisch-nordafrikanischen Raumes.

Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ): Dieser Weltbund hat seine Schwerpunktarbeit ebenfalls auf die Überseeländer ausgerichtet. Wiederum sind einige taktische Details der jüngsten Monate für

die Sorgfalt bezeichnend, mit der die Kerntruppe des WBDJ ihre Wühlätigkeit im Solde Moskaus zu vernebeln trachtet: Dementis und Communiqués des Vorbereitungskomitees für die VII. Weltjugendfestspiele (26. Juli bis 4. August 1958) beteuern unablässig, der WBDJ sei eine «offene» Weltorganisation mit Mitgliedschaften verschiedenster politischer Gesinnung. Die Jugendorganisationen der Ostblockstaaten haben diesmal sogar Sorge getragen, ihren Abordnungen zum Wiener Festival jeweils ein Kontingent junger Theologen beizugeben.

Zu der vom 2.—8. Februar 1959 in Kairo abgehaltenen afro-asiatischen Jugendkonferenz hatten bloß die Solidaritätsausschüsse der Länder Asiens und Afrikas eingeladen. Der WBDJ unterließ in den Aufrufen zu der Allerwelt-Tagung seine Unterschrift, um eine beträchtliche Anzahl Jugendorganisationen von der Teilnahme nicht abzuschrecken. Mitglieder des Ständigen Büros des WBDJ hatten sogar in einer vorbereitenden Besprechung angeregt, die Jugendabordnung aus der UdSSR für die Kairoer Tagung möge offiziell bloß aus Vertretern der *asiatischen* Unionsrepubliken, nicht aber des sowjetischen Gesamtstaates, bestellt werden.

Im innerdienstlichen Betrieb agiert man weniger zimperlich: nach Abschluß des Pekingener Weltkongresses des Internationalen Studenten-Bundes rügte z. B. ein Rundschreiben die arabischen Mitglieder, weil ihre Tätigkeit (außerhalb französischer Verwaltungsgebiete) auf dem Papier geblieben sei. Kommunistische Jugendgruppen Westeuropas wurden angewiesen, ihre Werbetätigkeit unter den an europäischen Universitäten eingeschriebenen afro-asiatischen Studenten zu vervielfachen.

Die WBDJ-Zentrale in Budapest unterhält seit Mitte November 1958 ein «Arabisches Seminar». An seinen Lehrgängen nehmen auch Jugendführer teil, deren Organisationen dem WBDJ nicht angeschlossen sind. Beachtenswert sind die Richtlinien dieser Seminartätigkeit. Die Teilnehmer erarbeiten u. a. programmatische Forderungen an ihre

Regierungen; in «freier Diskussion» wird die Gründung einer «Großarabischen Jugendbewegung» vorbereitet usw.

Diese wenigen Hinweise mögen ausreichen, die Gefährdung dieser weltpolitischen Riegelstellung zu drei Kontinenten durch den Weltkommunismus zu verdeutlichen. Der Kreml möchte den virulenten Nationalismus erwachender Völker zum Tragesel kommunistischen «Fortschrittes» degradieren, um ihm endlich den Garaus zu bereiten.

Darum bemüht sich auch die Kommunistische Internationale, den Panarabismus ausschließlich gegenüber *negativen* Zielsetzungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Zu dieser Taktik gehört das «Kurdproblem» ebenso wie z. B. die aus dem Sowjetblock gesteuerte Emigration nach Israel. Doch auch diesbezüglich trachtet Moskau jede geschlossene, wirksame Reaktion des arabischen Nationalismus zu verhindern. So drohen z. B. Sowjetagenten seit Jahresbeginn den Nationalisten am Nil, die UdSSR werde ihre 3 Mill. Sowjetbürger jüdischer Herkunft in den beengten Staatsraum Israel schleusen, falls nationalarabische Führungen der Kremlpolitik zu viele Ungelegenheiten bereiten würden.

Moskau begegnet zur Zeit dem Islam in der arabischen Welt noch mit freundlichem Biedermannslächeln und koexistenzbeflissen. In Afrika hat indessen gegenüber dem Islam bereits ein sowjetisches Doppelspiel begonnen: Afrikas junge, nichtarabische Nationalbewegungen werden ohne Rücksichtnahme auf die islamische Religion mobilisiert. Eines Tages sollen sie in eine offene Frontstellung gegen den Islamismus hineinmanövriert werden.

Seit Herbst 1958 überstürzen sich die Ereignisse. Bereits im Wettlauf zum Mittelmeer begriffen, sieht sich Moskau vor Schwierigkeiten, die es allerdings dem eigenen brutalen Ränkespiel zuzuschreiben hat. Daraus resultieren verschärfte, durch die Zentrale des Weltkommunismus geschürte Spannungen.

Wir müssen es uns in diesem Zusammen-

hang versagen, jüngste Wandlungen im nationalarabischen Lager oder westliche Mitschuld an der bisherigen Entwicklung aufzuzeigen. Wir stehen vor einem schicksalsträchtigen Wendepunkt der Auseinandersetzung. Jedenfalls gibt es für Kerneuropa

und die arabische Welt eine gemeinsame Lebensauffassung gegenüber sowjetkollektivistischer Bedrohung. Ihre gemeinsame erfolgreiche Verteidigung käme dem ersten Schritt in ein neues Zeitalter schöpferischer Aufgaben und freier Weltgemeinschaft gleich.

Bericht aus Washington

Die Debatte über die amerikanische Militärpolitik zeigt auffällig, wie Eisenhower fast allein kämpfen muß gegen eine Sturzflut von Kritik aus den Reihen der Parlamentarier, aber auch seitens denkender Staatsbürger von Format und der Kommandanten der verschiedenen Dienstzweige der bewaffneten Streitkräfte, deren Oberkommandierender er selbst ist. Das soll allerdings nicht heißen, daß er von niemandem unterstützt wird; im Gegenteil, viele sind mit seiner Stellungnahme einverstanden. Nur wird dieser Unterstützung zum größten Teil nicht laut Ausdruck gegeben. So ergibt sich das Bild eines im Lande äußerst beliebten Generals, der sein Wissen und sein Prestige gegen eine Schar von Kritikern verteidigen muß.

Das Thema der Kontroverse sind Art und Umfang der militärischen Maßnahmen, deren die USA dringend bedürfen. Diesem Problem untergeordnet stellt sich die Frage, wie groß die Summe ist, die das Land für militärische Zwecke ausgeben kann, ohne Gefahr zu laufen, wirtschaftlich so geschwächt zu werden, daß die Kommunisten daraus Nutzen ziehen könnten. Der Präsident ist sich dieser Gefahr sehr deutlich bewußt; viele behaupten sogar, er sei davon besessen. Die Debatte dreht sich also um die richtige Auswertung geheimer Nachrichten, die Beurteilung der Verlässlichkeit der Waffen, strategische Auffassungen, die sich bekämpfen, und um weit auseinandergehende Wirtschaftstheorien. Dazu kommt noch das

übliche Rätselraten um die Pläne und Absichten der Sowjets — diesmal noch durch die Berlinerkrise gesteigert.

Auf dem Gebiete der interkontinentalen Raketen werden die Sowjets in den kommenden Jahren einen deutlichen Vorsprung aufweisen. Nach dem Abschluß des ersten Sputniks entstand beinahe eine Panik, die sich wieder gelegt hat. Trotzdem findet es die Regierung auch heute noch schwierig, viele davon zu überzeugen, daß kein für den Westen gefährlicher Rückstand auf dem Gebiet der Raketengeschosse bestehe. Man drängt deshalb auf Beschleunigung der Produktion interkontinentaler Raketen. Das ließe sich ohne Zweifel durchführen, wenn auch diese Waffen bedeutend weniger ausgeklügelt wären als jene, die in vier oder fünf Jahren konstruiert werden. Gegenwärtig bleibt die Regierung gegenüber irgendwelchen Notprogrammen fest.

Weitere zur Diskussion stehende Fragen

Das ist nicht der einzige strittige Punkt. Das Verteidigungsdepartement wird fortwährend von Armeeoffizieren und Kongreßmitgliedern unter Druck gesetzt, weil es die Produktion von Abwehrwaffen gegen die Raketengeschosse nicht genügend vorangetrieben habe. Eine solche, die Nike Zeus, ist schon seit mehreren Jahren im Versuchsstadium und ihre Befürworter sind davon überzeugt,

daß die Zeit für ihre serienweise Herstellung nun gekommen sei. Das bedeutet, daß sie 1963 zum Einsatz bereit wäre. Obwohl die verantwortlichen Stellen zugeben, daß keine andere Verteidigungswaffe dieser Art vorhanden ist, haben sie beschlossen, eine definitive Beschlußfassung aufzuschieben.

Wie schon seit vielen Jahren bildet auch heute das Problem der Kampfkräfte für eine beschränkte Kriegführung ein Streitobjekt. Neuerliche Reduktionen der Bestände der Bodentruppen der Armee und der Marine haben angesichts der Berlinerkrise zu gereizten Protesten geführt. Der Präsident hat vielleicht mit Recht darauf hingewiesen, daß die paar tausend Mann, die davon betroffen werden, kaum ausschlaggebend sein dürften, wenn dieses oder nächstes Jahr ein Krieg ausbrechen sollte. In weiten Kreisen herrscht aber die Ansicht vor, daß angesichts der russischen Drohungen dieses Vorgehen psychologisch falsch sei, denn schon die geringsten Abstriche an der Wehrbereitschaft müßten sich psychologisch negativ auswirken.

Die Bodentruppen haben das Gefühl, zum Aussterben verurteilt zu sein, nicht nur in der Frage der Mannschaftsbestände, sondern auch weil man ihnen moderne Waffen vorenthalte, besonders solche, die auf dem Luftweg transportiert werden können. Schließlich bestehen begründete Befürchtungen, weil die USA keine wirksamen Vorkehrungen zur Förderung des Lufttransportes getroffen haben, wogegen genügend Beweise vorliegen, daß die Sowjetunion beträchtliche Anstrengungen macht, den Luftgütertransport für militärische und kommerzielle Zwecke intensiv auszubauen.

Wenn man bedenkt, daß die USA jährlich über vierzig Milliarden Dollar für die militärische Verteidigung ausgeben, mag es erstaunlich scheinen, daß so viele Leute der Auffassung sind, es werde viel zu wenig getan. Selbst wenn man die höheren Kosten neuer, komplizierterer Waffen und die etwas geringere Kaufkraft des Dollars in Rechnung stellt, handelt es sich immer noch um eine ungeheure Geldsumme.

Ist die militärische Vereinheitlichung erfolgreich?

Zum Teil ist der Streit über das Wesen des nationalen Militärprogramms durch den Umstand bedingt, den Eisenhower als die «Kirchturmspolitik» der einzelnen Dienstzweige bezeichnet hat. Die sogenannte «Vereinheitlichung» der bewaffneten Streitkräfte, die seit 1947 durch eine Reihe von Spezialgesetzen angestrebt wurde, hat tatsächlich weder eine völlige Einigkeit bei der Behandlung strategischer Fragen, noch die von vielen erhofften Einsparungen mit sich gebracht. Nicht nur vertreten Armee, Flotte und Luftwaffe verschiedene strategische Konzeptionen; es besteht daneben noch die sehr menschliche Neigung jedes Dienstzweigs, für die Erhaltung gewisser Vorrechte zu kämpfen. Gewisse strittige Punkte könnten durch eine genauere Umgrenzung der Aufgaben, die jedem Dienstzweig zukommen, behoben werden, doch sind Schritte in dieser Richtung eine sehr heikle Sache. Während die Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) darüber einig sind, daß die Fähigkeit massiver Abschreckungsmittel unbedingt beibehalten werden muß — und damit die Möglichkeit, einen Weltkrieg mit Kernwaffen erfolgreich zu bestehen —, herrscht keine Einigkeit über das, was auf diesem Gebiet als genügend zu betrachten sei. Ferner bestehen Differenzen über das Verhältnis der Vorbereitungen auf einen totalen Kernwaffenkrieg zu jenen für eine «beschränkte» Kriegführung. Eine Gruppe, deren Hauptvertreter zur Luftwaffe gehören, behauptet, daß die Mittel, die den Ausbruch eines Weltkriegs verhindern helfen, auch Lokalkriege verhüten können, daß ferner kleinere Teile der für große Kriege bereitstehenden Hauptstreitkräfte für lokale Aktionen verwendet werden können. Dagegen sind die Sachverständigen der Armee und der Marine eher der Ansicht, daß Truppen ganz anderer Art für jene Aktionen in Bereitschaft gehalten werden müssen, die als «Unterholzbrände» bezeichnet werden, und das Land durch die Überbetonung der Produktion nuklearer

Vergeltungswaffen dazu gezwungen werde, entweder einen Weltkrieg zu riskieren oder überhaupt nicht zu kämpfen.

Die politische Seite der Debatte

Die Diskussionen über Weltkrieg und lokale Aktionen haben politisch nur geringe Wirkung gehabt und werden wahrscheinlich auch in Zukunft ohne große Bedeutung bleiben. Zu Gunsten der Regierungspolitik spricht die erfolgreiche Verhinderung des Ausbruchs von Feindseligkeiten wegen Quemoy und Matsu und die Truppenlandung im Libanon. Dagegen könnte der Rückstand auf dem Gebiet der Raketenforschung und die Frage des generellen Kräftegleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR ernste politische Folgen haben.

Gegenwärtig scheint die demokratische Opposition bereit, den Präsidenten auf Grund dieser Tatsachen zum Kampf herauszufordern. Letztes Jahr gewährte der Kongreß für Verteidigungszwecke etwa eine Milliarde Dollar mehr als der Präsident verlangt hatte. Er hat denn auch in Ausübung seiner Prärogative die zusätzlich gewährte Summe nicht angetastet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich das gleiche wiederholen wird.

Es scheint also in diesem Falle ziemlich schwierig zu sein, die Regierung zu etwas zwingen zu wollen, das sie nicht zu tun bereit

ist. Die steigende Flut der öffentlichen Meinung könnte vielleicht den nötigen Druck erzeugen, falls es den Demokraten gelingen sollte, eine solche in Bewegung zu setzen. Politisches Feilschen könnte vielleicht jenen zum Sieg verhelfen, die mehr für die Verteidigung ausgeben wollen. Dem Präsidenten liegt zum Beispiel sehr viel daran, ein umfangreiches militärisches und wirtschaftliches Hilfsprogramm zu Gunsten des Auslandes durchführen zu können. Der Kongreß aber zeigt eine starke Neigung, solche Ausgaben zu beschneiden. Es ist nun sehr wohl möglich, daß Eisenhower auf dem Gebiet der Militärausgaben Konzessionen machen muß, um das zu erhalten, was er für die Auslandshilfe benötigt.

Wenn sich nicht irgend etwas Unvorhergesehenes in der Berlinerkrise ereignet, werden die Verteidigungspläne der Regierung keine wichtigen Änderungen erfahren. Wenn es gelingt, in der Berlinerfrage zu irgendeiner Lösung zu kommen und in der Folge eine Entspannung in den west-östlichen Beziehungen eintreten sollte, wäre die Politik des Präsidenten gerechtfertigt. Wenn aber die Beziehungen zum Kreml gespannt bleiben, was leicht möglich ist, dürfte wahrscheinlich das Problem der amerikanischen Bereitschaft bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1960 eine Hauptrolle spielen.

Richard J. Davis